

1 Gemeinsamer Beschluss:

2 **„Schnelles Internet für Brandenburg!“**

3
4
5
6
7 Deutschland hat die Chance auf ein digitales Wirtschaftswunder und Brandenburg kann
8 einen Beitrag dazu leisten. Die Grundlage dieses Fortschritts bietet das schnelle Internet,
9 dessen flächendeckender Ausbau seitens der Landesregierung zügig vorangetrieben
10 werden muss. Vor allem in den ländlichen Regionen fehlt es an schnellen Verbindungen,
11 was sich zunehmend zu einem Standortnachteil für Einwohner und Wirtschaft
12 entwickelt.

13 Während andere ebenfalls ländlich geprägten Bundesländer hunderte Millionen in ihre
14 digitale Infrastruktur investieren, verweist Rot-Rot nur auf den Bund. Dabei ergibt sich
15 auch für das Land Brandenburg ein hinreichendes Feld von Handlungsmöglichkeiten,
16 um den Prozess des Ausbaus der Breitbandversorgung im Land maßgeblich zu
17 beschleunigen.

18
19 **1. Aufgabe der Unternehmen**

20 Die Breitbandverfügbarkeit von Hochleistungsanschlüssen mit mindestens 50 Mbit/s
21 liegt deutschlandweit bereits bei über 64 Prozent, in städtisch geprägten Regionen sogar
22 bei über 82 Prozent. Wir wollen, dass auch die ländlichen Regionen Brandenburgs die
23 Chancen der digitalen Revolution nutzen können. Deshalb ist es auch unser Ziel, bis
24 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von mindestens 50 Mbit/s zu
25 erreichen. Der Breitbandausbau muss im Wesentlichen durch den Markt erfolgen.
26 Aufgabe des Staates ist, Impulse zu setzen und dort regulierend einzugreifen, wo
27 Wirtschaftlichkeitslücken bestehen.

28 Die CDU Brandenburg findet es richtig, dass die Telekommunikationsunternehmen bei
29 der Vorstellung des Kursbuches Netzausbau zugesagt haben, 2015 acht Milliarden Euro
30 in den Breitbandausbau zu investieren. Diese Mittel sollten schwerpunktmäßig in den

31 ländlichen Regionen investiert werden, damit wir eine digitale Spaltung unseres Landes
32 vermeiden.

33

34 **2. Förderung des Bundes**

35 Die CDU Brandenburg begrüßt, dass die Bundesregierung 2016 bis 2018 zusätzlich zehn
36 Milliarden Euro für Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Breitbandversorgung zur
37 Verfügung stellen wird. Funktionierende Verkehrs- und Datenströme durch eine
38 leistungsfähige Infrastruktur sind für eine wachsende, zukunftsorientierte
39 Wohlstandsgesellschaft zwingend erforderlich, damit Deutschland wettbewerbs- und
40 innovationsfähig bleibt und die Menschen weiterhin überall in unserem Land leben und
41 die Chancen der digitalen Revolution nutzen können.

42 Allerdings ist schnelles Internet nicht allein die Aufgabe des Bundes. Es ist eine
43 gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

44

45 **3. Förderung durch die Bundesländer**

46 Der Breitbandausbau in den Bundesländern erfolgt sehr unterschiedlich. Brandenburgs
47 direkter Nachbar Berlin profitiert davon, dass sich auf engem Raum viele Haushalte
48 befinden. Dies gestaltet den Breitbandausbau für die Telekommunikationsunternehmen
49 sehr wirtschaftlich. In Brandenburg hingegen ist der Ausbau in der Fläche wenig bis gar
50 nicht wirtschaftlich. Deshalb ist hier die rot-rote Landesregierung in der Pflicht, durch
51 geeignete Rahmenbedingungen und zielgenaue Förderprogramme
52 Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen. Es ist zu beachten, dass die
53 Wettbewerbsneutralität gewahrt bleibt, sodass mittelständische Kabelnetzbetreiber und
54 Stadtwerke bei den Ausschreibungen nicht benachteiligt werden.

55 Brandenburg könnte sich an Bayern orientieren: Rund zwei Drittel der bayrischen
56 Haushalte können bereits Hochleistungsanschlüsse von mindestens 50 Mbit/s nutzen.
57 Dies wurde u. a. durch den Einsatz von „Breitbandmanagern“ erreicht, die insbesondere

58 die Kommunen beim Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Internetanschlüssen
59 unterstützen.

60 Die rot-rote Landesregierung darf sich hier nicht dem Wettbewerb unter den Ländern
61 verweigern. Sie sollte jährlich einen Bericht veröffentlichen, in dem der Ausbaustand
62 dokumentiert und der Nachweis erbracht wird, was unternommen wurde, um
63 bestehende Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

64

65 **4. Nutzung von Synergien: Senkung der Ausbaurkosten um mehr als zehn Prozent**

66 Bei der Verlegung von Leitungsgebundenen Breitbandverbindungen verursachen die
67 Tiefbauarbeiten etwa 80 Prozent der Kosten. Daher ist es wichtig, Synergien zu nutzen
68 und somit Kosten zu senken.

69 Die CDU Brandenburg hält es für geboten, dass die Betreiber von Strom-, Gas-,
70 Fernwärme-, Abwasser- und Verkehrsnetzen ausbauwilligen
71 Telekommunikationsnetzbetreibern diskriminierungsfreie Bedingungen zur Mitnutzung
72 ihrer vorhandenen physischen Infrastruktur ermöglichen. Ausgeschlossen ist eine
73 Mitbenutzung von Trinkwasserleitungen.

74 Alle Neubauprojekte in Brandenburg müssen grundsätzlich mit dem Breitbandausbau
75 koordiniert und Leerrohre verlegt werden.

76 Derzeit gilt für Glasfaserleitungen, dass die unterirdische Erschließung Vorrang hat. Es
77 gibt Bestrebungen auf Bundesebene, dies für Regionen aufheben, in denen es noch nicht
78 flächendeckende Glasfaserleitungen gibt. Dadurch könnte man im ländlichen Raum
79 bestehende Oberleitungen für den Strom- oder Telefonanschluss kostengünstig für den
80 Glasfaserausbau nutzbar machen.

81

82

83

84 **5. Förderung kommunaler Betreibermodelle**

85 Zahlreiche Gemeinden in ganz Deutschland haben bereits erfolgreich Betreibermodelle
86 realisiert, in denen sie selbst Glasfaserleitungen verlegt (passive
87 Breitbandinfrastruktur) und diese dann an Telekommunikationsunternehmen vermietet
88 haben. Die CDU Brandenburg fordert die Landesregierung dazu auf, derartige
89 Betreibermodelle zu unterstützen.

90 Bei der Erschließung von Neubaugebieten muss die Verlegung von Glasfaserleitungen
91 bis in die Wohnung (FTTH) vorgeschrieben werden. Es muss das Motto gelten: Kein
92 Neubau ohne Netzanschluss.

93 Wichtig ist, dass auch die bestehenden Wohnungen so schnell wie möglich
94 Hochleistungsinternet nutzen können. Die CDU Brandenburg möchte, dass mehr
95 Kommunen sich auch bei noch zu geringer Nachfrage entscheiden, selbst
96 Glasfaserleitungen zu verlegen, die sich dann in ihrem Eigentum befinden. Wir sind
97 überzeugt, dass mit einem bestehenden Angebot auch die Nachfrage steigt und sich über
98 die Vermietung von Glasfaserleitungen die Investition refinanziert. Die kommunale
99 Ebene ist für die langfristige Sicherung ihres Standortes mit einer zukunftsgerichteten
100 Breitbandinfrastruktur verantwortlich. Derartige Betreibermodelle sollen mit
101 Bundesmitteln bezuschusst werden, dennoch ist die Landesregierung auch hier in der
102 Pflicht, sich zu beteiligen, beispielsweise mit ihrem Anteil aus den
103 Versteigerungserlösen der Mobilfunkfrequenzen.

104

105 **6. Digitale Dividende II: Auch mobiles Breitband muss ausgebaut werden**

106 Durch die weitere Digitalisierung des Rundfunks werden zusätzliche Frequenzen
107 freigegeben, die vorrangig für die mobile Breitbandversorgung im ländlichen Raum zu
108 nutzen sind. Die CDU Brandenburg begrüßt, dass der Bund seinen Anteil aus den
109 Versteigerungserlösen der Mobilfunkfrequenzen zweckgebunden in den Ausbau der
110 Breitbandnetze investieren wird.



111 Die rot-rote Landesregierung ist aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen und seinen
112 Anteil an den Versteigerungserlösen ebenfalls vollständig für neue leistungsfähige
113 Breitbandverbindungen zur Verfügung zu stellen.

114

115 **7. Förderung durch europäische Mittel**

116 Die rot-rote Landesregierung ist aufgefordert, die vorhandenen Fördermöglichkeiten
117 auf europäischer Ebene – anders als in der Vergangenheit – auszuschöpfen.